

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Wenslog, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 21. März 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk., die sonstigen Anzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 34

Ein neues Lohnabkommen ab 27. März

Nach teilweise Überwindung hartnäckiger wirtschaftlicher Gegenstände innerhalb des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker einschließlich eingehender Kommissionsberatungen kam es nach nahezu vierjähriger Verhandlungsdauer zu einem neuen kurzfristigen Lohnabkommen. Ab 27. März erhöhen sich die ab 1. Februar d. J. gültigen Löhne wöchentlich um 160 Mk. in Lohnklasse C (Verbeirätele) bei 25 Proz. Lohalaufschlag unter Belbehaltung des bisherigen Lohnsystems. Die entsprechende äßernmäßige Auswirkung dieses neuen Lohnabkommens ergibt sich aus nachstehender tabellarischer Zusammenstellung:

Tarifliche Entlohnung der deutschen Buchdruckergehilfen ab 27. März 1922

Im Osten mit Lohalaufschlag	Lohnklassen	Wöchentliche Wochenlohn	Tariflicher Wochenlohn	ab 27. März mehr
0	Neuausgelernte	323	413	90
	A Verbeirätele	378	484	106
	B Verbeirätele	400	512	112
1/4	Neuausgelernte	418	535	117
	A Verbeirätele	440	563	123
	B Verbeirätele	443	567	124
5	Neuausgelernte	465	595	130
	A Verbeirätele	331	424	93
	B Verbeirätele	386	495	109
7 1/2	Neuausgelernte	496	627	131
	A Verbeirätele	428	574	126
	B Verbeirätele	451	578	127
10	Neuausgelernte	473	606	133
	A Verbeirätele	344	440	96
	B Verbeirätele	399	511	112
12 1/2	Neuausgelernte	421	539	118
	A Verbeirätele	439	562	123
	B Verbeirätele	461	580	129
15	Neuausgelernte	464	594	130
	A Verbeirätele	486	622	136
	B Verbeirätele	357	456	99
17 1/2	Neuausgelernte	412	527	115
	A Verbeirätele	434	555	121
	B Verbeirätele	452	578	126
20	Neuausgelernte	474	606	132
	A Verbeirätele	477	610	133
	B Verbeirätele	499	638	139
25	Neuausgelernte	376	478	102
	A Verbeirätele	425	543	118
	B Verbeirätele	447	571	124
außer	Neuausgelernte	465	594	129
	A Verbeirätele	487	622	135
	B Verbeirätele	492	626	136
Samburg	Neuausgelernte	510	654	142
	A Verbeirätele	383	488	105
	B Verbeirätele	438	559	121
Berlin	Neuausgelernte	460	587	127
	A Verbeirätele	478	619	132
	B Verbeirätele	500	638	138
20	Neuausgelernte	503	642	139
	A Verbeirätele	525	670	145
	B Verbeirätele	396	504	108
25	Neuausgelernte	451	575	124
	A Verbeirätele	473	603	130
	B Verbeirätele	491	626	135
17 1/2	Neuausgelernte	513	654	141
	A Verbeirätele	516	658	142
	B Verbeirätele	538	686	148
20	Neuausgelernte	409	520	111
	A Verbeirätele	464	591	127
	B Verbeirätele	486	619	133
25	Neuausgelernte	504	642	138
	A Verbeirätele	526	670	144
	B Verbeirätele	529	674	145
außer	Neuausgelernte	551	702	151
	A Verbeirätele	422	536	114
	B Verbeirätele	477	607	130
Berlin	Neuausgelernte	499	635	130
	A Verbeirätele	517	658	141
	B Verbeirätele	539	686	147
Samburg	Neuausgelernte	542	690	148
	A Verbeirätele	564	718	154
	B Verbeirätele	433	553	120
25	Neuausgelernte	488	624	136
	A Verbeirätele	510	652	142
	B Verbeirätele	528	675	147
Berlin	Neuausgelernte	550	703	153
	A Verbeirätele	553	707	154
	B Verbeirätele	575	735	160
20	Neuausgelernte	466	586	120
	A Verbeirätele	526	662	136
	B Verbeirätele	548	690	142
Samburg	Neuausgelernte	566	713	147
	A Verbeirätele	588	741	153
	B Verbeirätele	591	745	154
25	Neuausgelernte	613	773	160
	A Verbeirätele			
	B Verbeirätele			

Die tarifliche Befestigung des neuen Lohnabkommens kann, da die Verhandlungen des Tarifausschusses erst nach mehrstündiger Beratung am Sonntag in Berlin zum Abschlusse kamen, erst in nächster Nummer Aufnahme finden, in der gleichzeitig auch das übliche Beschlusprotokoll zur Veröffentlichung kommen wird. Als weitere wichtige Ergebnisse der diesmaligen Tarifausschulung sind zu verzeichnen: Erhöhung der Leistungszulage für Maschinenföher um je 10 Mk., also von 30, 35 und 40 Mk. auf 40, 45 und 50 Mk.; ferner Aberein-stimmung des Tarifausschusses bezüglich einer zeitgemäßen Abänderung der bisherigen Lohnbemessung für berechnende Seher, die zu dem Beschlusse führte, durch das Tarifamt entsprechende Möglichkeiten für eine Regelung dieser komplizierten Frage zu prüfen und dem Tarifausschusse zur Entscheidung zu unterbreiten; gegenüber dem Wunsche einer gerechteren Berücksichtigung der auf Grund ihrer technischen Leistungsfähigkeit über Minimum Entlohnung erklärten sich die Prinzipalsprekter zu einer besonderen Erörterung dieser Frage innerhalb ihrer Kreise bereit.

Quartalswechsel

In bevorstehend. Der Bezug auf das Verbandsorgan muß daher sofort erneuert werden. Die Ostpostämter, die Briefkästen oder die Druckereivertrauensmänner sowie die Einzelbesitzer wollen sofort nur bei der Post ihre Bestellungen aufgeben. Für jeden Buchdrucker ist das Lesen des Organes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker unerlässlich. Nur nur 1,50 Mk. vierteljährlich einschließlich Postgebühr erhält man den dreimal wöchentlich erscheinenden "Korrespondent"

Was neue Lohnabkommen gilt vorläufig nur für den Monat April, und zwar ohne Bedingung einer besonderen Kündigungsfrist. In Anbetracht der unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse wurde auch von Prinzipalsseite anerkannt, daß die Einhaltung längerer Vertragsbindung für die Gewerkschaft außerordentlich erschwert sei, und daß deshalb die Tarifgemeinschaft selbst die Möglichkeit einer beweglicheren Anpassung der Entlohnung an diese Veränderungen schaffen müsse. Es wurde daher jetzt schon der nächste Termin für eine zeitgemäße Nachprüfung der Feuerungsverhältnisse durch den Tarifausschuss bzw. durch eine aus praktischen und finanziellen Gründen veruchswelse gebildete besondere Lohnkommission festgelegt. Diese Lohnkommission, die von beiden Parteien mit je 16 stimmberechtigten Vertretern besetzt sein soll, infolgedessen eine Verringerung des bisherigen Verhandlungsapparats um etwa ein Drittel bedeutet, wird am 25. April zusammen-treten, um in beschlussberechtigter Vertretung des Tarifausschusses über Fortbestand oder zeitgemäße Abänderung des jetzigen Lohnabkommens zu beraten und tarifverbindlich zu entscheiden. Auf die Bedeutung dieses Reformversuchs werden wir in einer der nächsten Nummern noch zurückkommen, wie wir uns auch vorbehalten, einige andre Punkte der diesmaligen Tarifausschulungsverhandlungen in ihren Ursachen und Wirkungen besonders zu beleuchten.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Not der Gewerkschaft wie des Hilfspersonals des deutschen Buchdruckerwesens erschwert es uns außerordentlich, das neue Lohnabkommen als zeitgemäße Lösung der Lohnfrage zu bezeichnen, zumal es leider auch diesmal wieder nicht gelungen ist, in verschiedenen andern wichtigen Fragen, wie z. B. bezüglich einer besseren Regelung der Lohalaufschläge, einen Fortschritt erzielen zu können. Denn die prinzipielle Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten beiden Wochen findet dadurch leider noch kein ausreichendes Gegengewicht. Wir verkennen dabei keineswegs, daß auch für die Unternehmer unseres Gewerbes die Feuerungsverhältnisse die meisten wirtschaftlichen und finanziellen Dispositionen sehr unklarer gestallt und insbesondere die Beschaffung des fortwährend steigenden Betriebskapitals, trotz der gewiß erheblich gestiegenen Sachwerte, ganz besonders erschwert ist.

Wenn wir trotzdem erwarten, daß die Gewerkschaft für das neue Abkommen Verstand bekundet und aus Gründen der gewerkschaftlichen Vernunft sich auch ihrerseits der Erkenntnis nicht verschließen wird, daß nicht alles auf eine Karte gesetzt werden darf, so deshalb, weil wir darin die beste Möglichkeit erblicken, unsere Kräfte für noch ernstere Zeiten zu erhalten und zu festigen!

Gauvorsteherkonferenz

Am 14. und 15. März tagte in Berlin die erste dies-jährige Gauvorsteherkonferenz. Die übliche Vorbesprechung zur Tarifausschulung mußte zu einer Konferenz erweitert werden, weil eine Anzahl von organisatorischen Angelegenheiten vorlag, zu deren Regelung bzw. Vorbereitung die Heranziehung der Gauvorsteher rätlich erschien. Da die Mehrzahl derselben sowieso als Gehilfenvertreter oder Organisationsvertreter in der Tarifausschulung anwesend sein mußte, so war die Ausnutzung dieser Gelegenheit zu einer Zusammenlegung der Tagungen geboten. Von den Beratungen nahmen die Organisationsfragen über einen Tag in Anspruch, wobei am ersten bis gegen 9 Uhr abends gearbeitet wurde. Der zweite Tag war überwiegend der Tarifausschulung gewidmet; hierzu erschienen denn auch die Vertreter des Gütenbergbundes sowie die drei graphischen Verbände, wozu noch eine Vertretung der christlichen Hilfsarbeiterorganisation kam. Der Verbandsvorstand war vollständig anwesend (worauf auch eine Vertretung der Zentralkommissionen lag), ebenso die Redaktion des „Korr.“. Von den Gauvorstehern fehlten der erste und der zweite aus Berlin wegen Krankheit, der vom Oberrhein aus gesundheitlichen Rücksichten; es waren dafür Stellvertreter erschienen. Ferner nahmen die Gehilfenmitglieder des Tarifamts, der Vorsitzende des Bildungsverbandes, der Vorsitzende der Freien Vorkontrollkommission sowie der Sekretär des Graphischen Bundes an den Beratungen teil. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Es bedurfte deshalb von vornherein der Betonung einer freiwilligen Beschränkung in der Rededauer, da sonst in den zwei Tagen nicht alles hätte erledigt werden können; fast restlos wurde dem nachgekommen.

Die Beratungen wurden durch Mitteilungen eröffnet. Der Geschäftsführer des Tarifamts hatte das Er-luchen übermittelt, die aus dem Reich erklärtenen Vertreter möchten daraufhin wirken, daß die Beträge für vom Tarifamt einkommene Druckgaben (Tarife, Lohn-tabelle, Verzeichnisse der Tarifdruckerien usw.) punktl-licher eingeliefert werden, damit angesichts des hohen Portos nicht noch vermeidbare Ausgaben durch Erinne-rungen entstehen. Von einzelnen Gewerkschaftsorsaus-schüssen ist bekannt geworden, daß Beschlüsse gefaßt worden sind, einen gewissen Satz (bis 15 Mk.) von jedem Gewerkschaftsmitglied zu Streikwachen zu erheben oder Sammlungen in Streikfällen zu veranstalten. Die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (§§ 46 und 59) lassen das in dieser Weise nicht zu. Der ADGB stellt in besonderen Fällen das Erforderliche schon in die Wege. Es sei im allgemeinen aber Grundsatz, jede Organisation ihre Kämpfe selbst finanzieren zu lassen. Bei dem Berliner Kellnerstreik im vergangenen Jahre wurde von der Gewerkschaftszentrale eine Beschlüsse abgelehnt, da die Beiträge in jener Organisation nicht dem entsprachen, was in andern Gewerkschaften üblich ist. Wo also unzulässige Beschlüsse durch Ortsausschüsse (Kartelle) solcher Art zustande kommen, ist sofort Beschwore beim ADGB zu erheben. Der Verbandsvorstand ist hier nicht die maßgebende Instanz. Von der Eisenbahndirektion Stettin wurde die Verweigerung billiger Eisenbahnsahrt für Jungbuchdrucker bekanntgegeben. Was an Begründung dafür angegeben wurde, vermochten Verbandsleitung und Gauvorsteherkonferenz nicht als berechtigt anzusehen. Von Württemberg konnte direkt gegenfällige Behandlung der Jungbuchdrucker durch die Eisenbahnverwaltung dort mit-geleitet werden. Weiteres in dieser Angelegenheit ist unter „Aundschau“ in dieser Nummer zu finden. Aber die Ende Februar in Berlin abgehaltene Maschinenföherkonferenz wurde guter Verlauf berichtet. Die Verbandsvorstands-vertretung habe die Erklärung abgegeben, dafür einzutreten, daß den Maschinenföher in der Angelegenheit ihres Lohalaufschlags gebissen werde; es sei dies aber in Clappen eher zu erreichen. Da bei der Verdrückerhaltung in einigen Maschinenföherverammlungen von auf der Ma-schinenföherkonferenz gegen Gehilfenvertreter erhobenen

Vorwürfen die Rede war, so wurde der Sachverhalt klargestellt, womit sich solches Versehen erledigt. Über die erste Tagung des Sachausschusses (in Leipzig) wurde näherer Aufschluss gegeben und anerkannt, daß diese neue formliche Einrichtung auf und anstrengend gearbeitet habe. Der neue Preissturz sei in liberaler Weise gewisse Spannungen vor. Die Abschreibungen an Maschinen müßten sehr hoch sein, da sonst neue Maschinen nicht zu beschaffen seien. Bei verschiedenen Positionen mußte der gewerkschaftliche Standpunkt mehr als der sachtechnische berücksichtigt werden. Indem dies von unsern Organisationsvertretern im Sachausschuss geschahen sei, wäre der Gehilfen wie der Hilfsarbeiterfrage in manchem Punkte mehr genügt worden. Das Ergebnis hätten unsere Vertreter allerdings im Sachausschuss zunächst zur Diskussion stellen und dadurch eine schriftliche Abstimmung unter den Kreisvertretern vermeiden wollen. Aus die hieran von Faktorenseite gestellte Anfrage, warum kein Mitglied der Freien Faktorenvereinsung zum Sachausschuss herangezogen worden sei, kam zur Erwiderung, daß diese Körper bereits 1920 gebildet wurde, und daß aus den Gauen schließlich, auch in organisatorischer Beziehung bekannte Sachleute angefordert worden sind. Weitere Bedingungen wären nicht gestellt.

Die nunmehr zur Erledigung kommende Tagesordnung erforderte Umstellung. Zunächst wurden kleinere Sachen behandelt.

Zur Behandlung der Frankfurter Akademie der Arbeit wurde mitgeteilt, daß die Kollegen Verband (Berlin) und Böttgermann (Bergbau) diese Hochschule nun abholbar haben. Für den zweiten Lehrgang hätten sich zwölf Bewerber aus unsern Reihen gemeldet. Es wurde beschlossen, zur Prüfung der eingereichten Bewerbungsschreiben eine Kommission einzusetzen. Am andern Morgen erhaltete diese Bericht und schlug die Kollegen Baler (Münster), Matthes (Chemnitz) und Pöschel (Berlin) zur engeren Wahl vor, verlangte jedoch eine Stellungnahme der Konferenz zu der Frage, ob in der Arbeiterbewegung schon angestellte Personen Berücksichtigung finden können. Die Meinung überweg, daß doch möglichst solche Kollegen in Betracht gezogen werden sollten, die durch den Besuch derartiger Schulen zur Bekleidung von Ämtern verlässliche Befähigung erlangen können. Dadurch würde eigentlich die Balerische Bewerbung billigt. Die durch Zettel vorgenommene Wahl ergab die der Kollegen Matthes und Pöschel. Im allgemeinen sei bemerkt, daß der Verband die Frankfurter Akademie der Arbeit (Dauer zehn Monate), die vom preussischen Staat eingerichteten Wirtschaftsschulen (zehn Monate) sowie die Selbstvolkshochschule in Gera-Lina (vier Monate) nicht direkt bezieht. Der WGB trifft vielmehr in den beiden ersten Fällen die Auswahl, die Organisationen haben nur ein Vorschlagsrecht in bestimmter Höhe. Für den Unterhalt der Besucher der Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf kommt der WGB auf, aber auch nur bis zu 15000 Mk. Es müssen also Bewerber aus diesen Städten bevorzugt werden. Der Verband gewährt nur für die zur Frankfurter Akademie entsandten Verbandsmitglieder Unterhalt. Gera-Lina ist eine Stiftung des ehemaligen Fürsten und als Alumnat zu betrachten. Hier wird im allgemeinen der Ledige am besten geeignet sein. Bei den andern beiden Schulen werden in der Regel nur Ledige bis zum Alter von 30 Jahren aufgenommen. Die Stipendiaten haben sich nicht als Vertreter ihrer Organisation, sondern nur als Studierende zu betrachten. Vier Verbandsmitglieder entfallen jetzt auf diese drei Hochschulen: Frankfurt zwei, preussische Wirtschaftsschulen sowie Gera-Lina je eins. Von einer Seite kam zur Mitteilung, daß man bereits zu kürzlicher Behandlung derartiger Schulen geschritten sei. Das wurde jedoch schon der Kosten wegen unzulässig genannt.

Der nächste Punkt war die Behandlung des Leipziger Gewerkschaftskongresses. Unter Beachtung des Münberger Generalversammlungsbeschlusses wurde erklärt, daß der Verbandsvorstand, die Redaktion des „Storr.“ sowie die Gauen Berlin, Dresden, Frankfurt-Bessen, Hannover, Leipzig und Rheinland-Westfalen je einen Delegierten entsenden können. Der Wahlmodus bleibt den betreffenden Gauen überlassen. Der Gewählte ist bis zum 1. Mai dem Verbandsvorstande namhaft zu machen.

Dann kam die Generalversammlung der Zentralnorddeutschen Halle I. 2. zur Sprache. Es sind noch 5300 Mitglieder der alten Halle vorhanden, als solche gelten nur die bis Ende 1892 unserer Organisation beigetretenen. 15 Delegierte können nur gewählt werden. Es findet deshalb eine Zusammenlegung der Gauen zu zwei Wahlbezirken statt, und zwar folgendermaßen: Berlin (3 Delegierte), Dresden und Ergebirge-Bogland (1), Frankfurt-Bessen und Mittelrhein (1), Hamburg-Altena (1), Hannover (1), Leipzig (2), Mecklenburg-Vorpommern (1), Ostpreußen und Niederschlesien (1), Rheinland-Westfalen (1). Ein der Gauen und Thüringen (1), Schwaben (1), Westpreußen und Oberhessen (1), Oder, Ostpreußen und Silesien (1). Der Gau Banera kommt nicht in Betracht, da er bereits eine selbständige Gewerkschaft zu führen begonnen hat. Es kommen etwa vier Wahlbezirke in

Betracht, die keinen eignen Delegierten werden entsenden können, weil die Mitgliedszahl zu gering ist; in solchen Fällen kann aus andern Gauen die Vertretung übernommen werden.

Über die Frage: Tarifikündigung oder Tarifrevision? wurde eine einstimmige Klärung herbeigeführt, die Entscheidung hat die Generalversammlung zu treffen. Die große Mehrzahl der Redner sprach sich für Revision aus. Im Jahre 1920 sei die Gehilfenschaft dem Beispiele der Prinzipalität gefolgt und hätte den Tarif gekündigt. Grundtatsache aber sei bei den großen Verhandlungen im Herbst 1920 nicht zu erreichen. Für die von der Generalversammlung in Nürnberg aufgestellten hohen Idealen Forderungen müsse die Entlohnung sorgen. Viele zu beeinflusst, sei auch unsere Aufgabe; wir Buchdrucker allein könnten aber nichts erzwingen in dieser Richtung. In der Kollegenchaft mache man sich oft recht falsche Vorstellungen von dem durch die Tarifikündigung Erreichbaren. Verbesserungen könne die Gehilfenschaft auf allen Gebieten des Tarifs auch durch eine Tarifrevision anstreben. Der Tarifpalität wäre es aber nicht unmöglich, mittels der Tarifikündigung von wichtigen prinzipiellen Errungenschaften für die Gehilfenschaft frei zu kommen, da ja Tarifikündigung auch eine tariflose Zeit zur Folge haben könnte. Es sei doch bekannt, daß außer in Ostpreußen auch sonst in den Reihen der Prinzipalität die Ansicht an Boden gewinne, sich von der Kartellgemeinschaft abzukehren. Diesen Freiheiten würde die Gehilfenschaft in die Hände arbeiten, wenn sie ihrerseits zur Tarifikündigung läßt. Ob die Prinzipalität diesmal wieder dazu kommen werde, da in andern Unternehmungskreisen mehrfach zu dem Mittel der Tarifikündigung gegriffen wird, um Verschlechterungsabsichten in größerem Maße durchsetzen zu können, bleibe abzuwarten. Der Organisationsrat könne vielleicht auf der andern Seite eine solche Veranstaltung im weitern abgeben. Wenn dieser Punkt auch nicht generell als ein Rückschlag angesehen werden könne, da ja in andern Gauen der Abschluß von Organisation an Organisation vorübergehend sei, so hätten wir die Frage doch anders zu beurteilen, weil von unserer Seite bereits im Jahre 1873 und später unter der alten Kartellgemeinschaft der Organisationsrat gefordert worden sei. Prinzipalität wurde das immer abgelehnt, da man den Verband nicht hochkommen lassen wollte. Wie dann der Organisationsvertrag von 1906 zur Benachteiligung des Verbandes abgeändert worden sei, wäre ja noch allgemein bekannt. Bei den Tarifverhandlungen von 1920 hätten wir den von Prinzipalitäts gewünschten Organisationsrat abgelehnt. Es komme eben wesentlich darauf an, was jeht von der andern Seite mit einem Organisationsrat beabsichtigt werde, wenn dieses Verlangen wieder gestellt werden sollte. Der von unserer Seite schon 1920 angestrebte Manteltarif für das graphische Gewerbe sei allerdings abdingbar von einer Tarifikündigung. Da jedoch die Unternehmerrorganisationen der andern graphischen Gewerbe sich damals dagegen gewandt haben und dieser Standpunkt gegenwärtig augenscheinlich nicht einer besseren Auffassung Platz gemacht hat, so könnten wir uns einstweilen mit stärkerer Durchsetzung des Graphischen Bundes behelfen. In dieser Beziehung müßten wir mit den andern graphischen Gewerkschaften Willen und Kraft vereinen.

Hierauf wurde die Organisationsvertretung für die diesmalige Tarikaufschubung endgültig geregelt unter dem Gesichtspunkte, daß die nicht direkt durch Gehilfenkreistreter berücksichtigten Gauen in noch weiterem Maße dazu herangezogen werden sollen.

Bei dem Tagesordnungspunkte Die bevorstehende Generalversammlung kam es u. a. zu einer lebhaften Aussprache über die innerhalb des Verbandes erscheinenden und vorbereiteten parteipolitischen Organe der Opposition, die sich redlich bemühen, Zerstückelung in die Kollegenchaft zu tragen. Anfallt bestrebt zu sein, die gewerkschaftliche Einheitsfront zu festigen, wird von den betreffenden Organen unter persönlicher Herunterziehung führender Kollegen die durch Generalversammlungsbeschlüsse festgelegte grundsätzliche Verbandspolitik zu durchkreuzen resp. in Mißacht zu bringen versucht. Obwohl dazu bereits die Verammlungen in ausgedehntem Maße benutzt worden, teilweise auch der „Storr.“, sind Anhänger der AFD, und der UGB, außerdem noch zur Gründung besonderer periodisch erscheinender Blätter übergegangen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß diesen noch weitere folgen, wenn die damit für das gesamte Verbandsleben verknüpfen übeln Begleiterscheinungen nicht rechtzeitig unterbunden werden. Mit einer Toleranz und Langmütigkeit sonstgleichen sind gerade innerhalb unserer Organisation die wenig erbauenden Auswirkungen des parteipolitischen Meinungsstreites aufgenommen worden. Man denke nur an die Forderungen, rein theoretischen Auseinandersetzungen dieser Art auf der Nürnberger Generalversammlung, wenn aber inzwischen von disziplinlosen Minderheiten aus parteipolitischen Beweggründen noch dazu übergegangen wurde, das Kampfsfeld zu erweitern durch Gründung solcher Organe, dann muß dagegen seitens der Organisation Stellung genommen werden. Dazu wird auf der bevorstehenden Generalversammlung Gelegenheit genommen werden.

Die Spuren des Bruderkampfes von 1896 sollten uns schrecken. Ohne Disziplin ist keine ersprießliche gewerkschaftliche Wirksamkeit denkbar. Sie bedeutet das notwendige Opfer persönlicher Angelegenheiten zum Wohle des Ganzen. Während die Überlegenheit des Unternehmertums zum guten Teil auf der Besetzung und Ausbarmachung der Arbeitskräfte ihrer führenden Persönlichkeiten beruht, werden die Vertrauensleute der Arbeiterchaft, die auf Grund ihrer Erfahrungen und ihrer Kenntnisse berufen sind, den Arbeitern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, aus parteipolitischen Motiven von einer Minderheit in ihren Organen bekämpft, und zwar durchaus nicht immer unter Anwendung lokaler Mittel. Das muß auf die Dauer schädlich wirken auf den organisatorischen Zusammenhalt. Deshalb erkannte die Bauvorsteherkonferenz die Notwendigkeit ausdrücklich an, die Leipziger Generalversammlung vor die Entscheidung der Frage zu stellen, ob das Erscheinen oppositioneller Blätter im Rahmen des Verbandes weiterhin geduldet werden soll oder nicht. Die kommende Generalversammlung wird sich weiter neben vielem andern auch mit Fragen der Zebringsorganisation, insbesondere mit der Überführung des „Zugbuchdruckers“ in das Eigentum des Verbandes und mit dem ferner Erscheinen dieser Zebringszeitung zu beschäftigen haben; außerdem mit der Errichtung einer Unterstützungskasse für die Verbandsfunktionäre.

Von der Erwägung ausgehend, daß nur derjenige alle seine Kräfte ungehindert in den Dienst der Allgemeinheit stellen kann, der sich einigermaßen gesicherter Existenzbedingungen erfreut, hatte zuerst die Dresden- und späterhin die Dantsiger Generalversammlung den Verbandsvorstand beauftragt, für die Errichtung einer Pensionskasse bestimmte Vorschläge vorzulegen. Den gleichen Auftrag erteilte die Münberger Generalversammlung dem Verbandsvorstand, nachdem die ihr vorgelegten Richtlinien aus Mangel an Zeit nicht zur Beratung gelangt waren. Der diesmaligen Bauvorsteherkonferenz wurden infolgedessen Richtlinien für die Errichtung einer Pensionskasse für die ehrenamtlich tätigen und für die angestellten Funktionäre vorgelegt. Im die nötigen Unterlagen zu beschaffen, hatte sich der Verbandsvorstand an neun wahllos herausgegriffene Gewerkschaften gewandt, von denen sieben eine derartige Kasse bereits seit Jahren besitzen. Die Kasse der Pensionskasse ist die des Deutschen Metallarbeiterverbandes; sie besteht seit 1903. Auch die Verhältnisse in den Gauen liegen bei uns so, daß etwas geschehen muß, um im Dienste der Organisation verbrauchte Kollegen über Wasser zu halten. In verschiedenen Gauen, darunter Leipzig, ist dies bisher schon von den Mitgliedern aus eigener Initiative erfolgt, weil man abgesehen hat, daß eine Arbeiterorganisation gegenüber langjährigen Angestellten höhere moralische Pflichten zu erfüllen hat, als dies beim Unternehmertum leider gang und gäbe ist. Aber auch gewerkschaftlicher Weltblick und geschäftliche Klugheit gebieten es, eine verantwortungsvolle Tätigkeit nicht durch verbrauchte Kollegen ausüben zu lassen. Die der Bauvorsteherkonferenz in Form eines Status vorgelegten Richtlinien stellen nichts Endgültiges dar, sondern nur Beratungsmaterial für die weitere Behandlung in den Gauenveränden. Entsprechende Vorschläge aus diesen an den Verbandsvorstand sollen zur endgültigen Regelung durch die Generalversammlung führen. Bemerkenswert ist ausdrücklich, daß nach dem Entwurfe für die ehrenamtlich tätigen Funktionäre die erforderlichen Kassenbeiträge aus der Verbandskasse gedeckt werden sollen, während die Verbandsangestellten persönliche Beiträge in Höhe von 3 Proz. ihres Gehalts zu der geplanten Kasse zu leisten haben. Die Verbandskasse führt vierteljährlich 1 Proz. der Beitragseinnahme an die Unterstützungskasse ab. Die Bauvorsteherkonferenz nahm lediglich Kenntnis von dem vorgelegten Statusentwurf. Der Verbandsvorstand wird auftragsgemäß den Antrag auf Schaffung einer Pensionskasse zur Generalversammlung stellen, und diese wird das entscheidende Wort darüber zu sprechen haben.

Da die Leipziger Generalversammlung auch über das Verhältnis der Freien Faktorenvereinsung eine Klarstellung herbeiführen haben wird, benutzte der Vorsitzende dieser Vereinigung, die ihren Sitz vor kurzem von Frankfurt a. M. nach Berlin verlegte, die Gelegenheit zu längerer, allgemein orientierenden Ausführungen. Er suchte um die nötige Unterstützung der Freien Faktorenvereinsung, die ebenfalls Verbandsarbeit verrichte und als Sparte anerkannt zu werden verdrone, die einen prinzipiellen Kampf führe um ihre Aufnahme in die Kartellgemeinschaft. In der Diskussion wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die einer Regelung dieser Frage im Wege stehen. Der Schwerpunkt liegt darin, daß von dem Deutschen Faktorenbund angehörigen Verbandsmitgliedern dafür gesorgt werde, daß in erbitterter und hienkühlerem Maße als bisher zeitgemäßes gewerkschaftliches Sendungen im alten Faktorenbund in den Vordergrund treten. Das würde am besten zur Annäherung der streitenden Brüder beitragen und schließlich im wohlverstandenen Interesse sämtlicher Faktoren liegen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: Beitrags- und Unterstützungsordnung ab 1. April

1922. Die fortgesetzte Entwertung des Geldstandes und die infolgedessen immer unzureichender werdenden Unterstützungssätze gaben dem Verbandsvorstande Veranlassung, zu der Frage eingehend Stellung zu nehmen, ob schon vor der Generalversammlung zwecks Aufbesserung einiger Unterstützungssätze eine neue Beitrags-erhöhung vorzunehmen sei. Die Not unserer Invaliden ist besonders groß. Dieser Tatsache entsprechend wurden jedem Invaliden Kollegen im Jahre 1921 vom Verbandsvorstande besondere Zuwendungen in Höhe von 600 Mk. ausfl. die bis zum Zusammenrücken der Leipziger Generalversammlung weiter erhöht werden sollen. Aber nicht nur die Invaliden bedürfen dringend einer Aufbesserung ihrer Bezüge, sondern auch die Arbeitslosen und die Kranken. Unter Würdigung aller Gesichtspunkte, die für und gegen eine Unterstützungs-erhöhung kurz vor der Generalversammlung sprechen, kam der Verbandsvorstand dazu, der Gauvorkonferenz eine Erhöhung der Invalidenunterstützung und der Invalidenunterstützung vorzuschlagen, unter gleichzeitiger Beitrags-erhöhung. Herabgegeben wurde vom Referenten des Verbandsvorstandes, daß das Verbandsvorstandes durch die vorgeschlagene neue Beitrags-erhöhung um 2 Mk. keine Verstärkung erfahren werde; sie sei lediglich dazu bestimmt, der größten Not wenigstens etwas zu wehren. Eine Beitrags-erhöhung von 2 Mk. bringt bei 70000 Feuernden Mitgliedern pro Quartal 1820000 Mk., nach Abzug der 15prozentigen Rückver- gütung an die Gawe verbleiben der Hauptkasse 1547000 Mark. Demgegenüber erfordert eine Erhöhung der Invalidenunterstützung um 3 Mk. (pro Quartal 160000 Krankentage und 150000 Arbeitslosentage a 3 Mk.) 930000 Mk.; dazu eine Ertragabgabe an die Invaliden vom Johannistage (200 Mk.) 110000 Mk., insgesamt also 1040000 Mk. Der überschüssige Betrag von 507000 Mk. bildet lediglich eine Bedienung für die Mehrausgaben der Gauvorkonferenz infolge der Geldentwertung.

Der Vorstoß des Verbandsvorstandes entfiel eine sehr gute Diskussion. Anerkannt wurde allgemein, daß der Tagesordnungspunkt das Verständnis des Verbandsvorstandes für die Seinsits beweise. Die meisten Gauvorkonferenzen trafen dann auch für eine sofortige Erhöhung der Unterstützungssätze ein, unter gleichzeitiger Erhöhung des Beitrags. Erstalltliche konnte konstatiert werden, daß die anfängliche Inaktivität einiger Mitgliedskassen gegen eine Beitrags-erhöhung geschwunden ist. Man habe allezeit erkannt, daß Opfermut das Produkt gemeinlichlicher Überzeugungsstrenge sei, und daß jede Beitrags-erhöhung entsprechende Frucht trägt sowohl in materieller als in ideeller Beziehung. Wer keinen Opfermut besitzt, habe auch keinen Sinn für Sozialität. In einer ganzen Anzahl von Gewerkschaften würden heute höhere Beiträge erhoben als bei uns, obwohl keine andre Gewerkschaft ein solch ausgebauter Unterstützungs- wesen aufzuweisen hat wie der Buchdruckerverband. Vereinzelt wurde auf der Konferenz geltend gemacht, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze kurz vor dem Zusammenrücken der nächsten Generalversammlung nicht zu vertreten sei, viel leichter dagegen eine Beitrags-erhöhung. Unter allen Umständen müsse eine Erhöhung der all- gemeinen Invalidenunterstützung unterbleiben, bei der sich nicht geringe Mißstände herausgebildet hätten. Eine An- sicht, die auch vom Verbandsvorstande geteilt wurde. Beispielsweise konnte der Gauvorkonferenz mitteilen, daß im letzten Jahre für rund 441000 Tage Ortsunterstützung gezahlt wurde, von denen 215000 Tage auf Bezugs- berechnung, dagegen 226000 Tage auf Nichtbezugsberech- tigte (d. h. solche, die noch keine 13 Wochenbeiträge entrichtet) und Ausgesteuerte entfielen. Die letztere Gruppe besog also, obwohl sie gegenüber den Bezugs- berechtigten nur eine kleine Minderheit bildet, 11000 Tage mehr Unterstützung als jene. Auf diesen Umstand war es zurückzuführen, wenn von allen Diskussionsred- nern die Meinung vertreten wurde, daß es richtiger sei, die Invalidenunterstützung zu erhöhen, die Invaliden- unterstützung aber auf dem bisherigen Stande zu belassen. Der von einem Gauvorkonferenz gemachte Vorstoß, eine so- fortlige probeweisliche Verwerfung der Unterstützungssätze und der Beiträge eintreten zu lassen, um für die General- versammlung einen Maßstab für die Wirkung einer solchen Maßnahme zu besitzen, fand wenig Gegenliebe. Insbesondere deshalb, weil die Durchführung des Vor- schlags die Generalversammlung ansetzen könnte, noch höhere Unterstützungen zu beschließen. Zumal auf An- träge zu rechnen sei, mit jeder Lohn-erhöhung auch die Unterstützungssätze zu erhöhen. Dem Hauptkassierer wurde u. a. darauf hingewiesen, daß Beitrags-erhöhungen nur dann vorgeschlagen werden, wenn sich die unbedingt Not- wendigkeit dazu ergebe. Die Invalidenunterstützung sei von der Gauvorkonferenz ursprünglich nur für den kürzeren Winter 1920/21 gedacht und berechnet gewesen, nachdem die Unterstützungssätze auf der Nürnberger Generalversammlung eine nicht genügende Erhöhung ge- funden hatten. Eine Tatsache, gegen die später gerade von den Lohnnennungsgehilfen desjenigen Teiles der Be- zogenen Sturm gelaufen wurde, die sich in Nürnberg auf- schloß gegen jede Unterstützungs-erhöhung wandten. Die

den Gau-, Bezirks- und Ortsvorständen vom Verbands- vorstand unterbreiteten Richtlinien für den weiteren Aus- bau eines Unterstützungs- wesen durch die nächste General- versammlung seien lediglich als Material gedacht für die Diskussion. Auch die Leipziger Generalversammlung wurde Dauerns auf dem Unterstützungsgebiete nicht schalten können. Die Lohnbewegungen in dem bisher ge- wöhnlichen Tempo sehen jedoch voraus, daß der Haushalt der Organisation auf der Höhe bleibe. Es dürfe nicht überleben werden, daß die Macht des Verbandes ihren realen, sichtbaren Ausdruck findet im Klassenvermögen der Organisation. Man dürfe sich nicht täuschen lassen durch die Kuffeln, hinter denen sich kindliche Beitragszahler zu verstecken pflegen. Erfolgt eine Beitrags-erhöhung zwecks Unterstützungs-erhöhung, dann wird sie von ihnen ab- gelehnt, weil der Stamplonus keine Verstärkung erfährt; ist dagegen die Beitrags-erhöhung zur Stärkung des Stampl- onus bestimmt, dann wird sie abgelehnt, weil kein Ent- gelt durch Unterstützungs-erhöhung dafür geboten wird.

Nach den statutarischen Bestimmungen in § 17 Abs. 6 hat der Verbandsvorstand das Recht, „in dringlichen Fällen außerordentliche, den Satzungen und den Zwecken des Ver- bandes nicht zuwiderlaufende Maßregeln, insbesondere zeitweilige Erhöhungen und Herabsetzungen der Beitrags- und Unterstützungsätze zu beschließen“. Dieser Fall wurde von der Gauvorkonferenz nach zeitlicher Aussprache einmütig als gegeben anerkannt, und es gelangte schließ- lich folgender Antrag zur Annahme:

1. Bis zur bevorstehenden Generalversammlung wird die Invalidenunterstützung für die bezugsberechtigten Kranken und Arbeitslosen um 3 Mk. erhöht. Für die Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten bleiben die bisherigen Sätze mit 2 Mk. pro Tag bestehen.
2. Die Invaliden erhalten vom Johannistage 200 Mark außerordentliche Unterstützung.
3. Der Beitrag wird ab 2. April um 2 Mk. erhöht.

Bei dem wichtigen Tagesordnungspunkte: Stel- lungnahme zur nächsten Karlsruhschulung und Aufstellung der Forderung, wurden einige Klein- heiten vorweggenommen. Aus Ergebrige-Wogland wurde Beschwerde geführt, daß das Tarifamt nicht entschieden genug die unter Vorbehalt besonderer Umstände vor- gebrachten Begehren abweise, einen Gehalt über die Scala einstellen zu dürfen. Die Gehaltsverteilung im Tarifamt lege darauf den wirklichen Sachverhalt dar und artikuliere, daß lediglich von Prinzipalen aus Ergebrige- Wogland solche eigenartigen Anliegen kommen; es müsse auch dort danach gehen, was der Tarif zulasse. Auf eine Anfrage, ob im Tarifamt nicht abermals ein Ver- stoß unterommen werden könnte, um die hoch- abwärts unzureichende Einkommenslage für Schlichter und Schlichter- von Prinzipalstelle durch Verminderung des Lohnabzugs für solche Personen aus ihren Gehältern aufzubessern, wurde an die früheren Versuche damit bei den Prinzipal- vertretern erinnert, die immer an den Staat als ver- pflichtetes Teil verweisen hätten. Es fand jedoch Er- wählung, daß die für Schlichter, Geschworene, Gewerbe- gerichte, Kaufmannsgerichte, Mietleistungsbekannt- ufw. aus Arbeitnehmerkreisen zweifellos bestehende Härte beiläufig werden solle, indem vom Reich eine Maßnahme vorbereitet werde, wonach die zwischen der jeweils ge- währten Entschädigung und dem Lohnausfall an Sitzungstagen entstehende Spanne vom Staate bzw. von den Ge- meinden getragen werden solle. Die Arbeiterkraft müsse selbst mehr Dampf hinter die Sache machen, weil der Beib- hoffte, die Arbeiterbeihilfen könnten sich unter den jetzt obwaltenden Umständen wieder zurückleben von solchen wichtigen Funktionen.

Die Debatte über die einschlagende Taktik gestaltete sich dann recht umfangreich und vielseitig. Bei sieben noch vorliegenden Wortmeldungen wurde nach fundierten Erörterungen dann Schluß gemacht. Da vieles von dem Aus- und Angeführten in den Beratungen des Tarif- ausschusses wiederkehrt, also aus dem Beispruchprotokoll zu erleben sein wird, kann hier in weitem Maße Be- schränkung gelöst werden. Außerdem ist das in mancher Beziehung auch aus tatsächlichen Gründen geboten. Bei den Schritten zu der früher noch von Gehilfenseite beab- sichtigten Einberufung des Tarifausschusses haben sich schon Widerstände gezeigt, und es ist allerlei gegen die Gehilfenkraft ausgepläpelt worden. Ganz unzureichende Gerichte wären in Prinzipalstellen kolportiert worden. Auch die gegen die Großstadtprinzipale unternommene Stimmungsmache aus der Provinz fand Erwählung. Die Not der Presse habe gleichfalls eine große Rolle gespielt. Andererseits wurde bedauert, daß Verbandsmittelbesitzer seien immer noch nicht unterlassen können, in ihren Ver- sammlungsberichten vor Tarifauschulungen mit be- stimmten Zahlen für die zu stellenden Forderungen zu operieren, wo es doch jetzt selbst noch im letzten Augen- blicke schwer fällt, mit den Forderungen das Nötigste zu treffen. So hätte ein als radikal bekannter Ort diesmal eine Summe genannt, die anderswo Erregung hervorrief, weil damit der Prinzipalverteilung ein Trumpf in die Hand gegeben werden konnte, die von der Gehilfen- sekretur zu stellende Forderung dagegen auszuspielen. Es sollten überhaupt in solchen Vorparlamenten keine

bestimmten Zahlen genannt werden; Abermittlung der- selben an den Gehilfenvertreter genüge. Die Redaktion des „Korr.“ möchte im allgemeinen Interesse derartige Stellen streichen. Weiter wurde betont, vom ADGB, nichts Unmögliches zu verlangen. Verleibe habe auch jetzt wieder Vorstellungen bei der Regierung erhoben, die Preiswelle einzudämmen. So lange aber aber zehn Tage die enorme Dehabengablung von je 31 Millionen Geld- mark an die Reparationskommission — lebt schon die achte — geleistet werden müßte, würde das Wirtschafts- leben Deutschlands von schweren Schlägen heimgesucht und die deutsche Mark links katastrophal. Darin liege der Hauptgrund der ungewundenen Preissteigerung. Die Kon- ferenz in Genoa werde hauptsächlich für Deutschland zum Rettungsanker werden. Man müsse sich bei uns auch in den Versammlungen daran gewöhnen, mehr wirtschaftlich zu denken und nicht rein rhetorisch und agitatistisch. Die vom ADGB verschiedentlich geforderten großen Aktionen könnten sogar die Lage der Arbeiterkraft noch verschlim- mern. Die laminartige Selzerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse wurde im wärmern eingehend geschil- dert, auch in Süddeutschland kletterte sie rapid. Die bürger- liche Presse kletterte ja selbst dafür Material. Die Notwendigkeit einer Angleichung zwischen Großstadt und Provinz land ebenfalls hervorzuheben. Rücksicht auf die kleinen Orte könne nicht in der von den Provinzprinzipalen ver- langten Weise gelöst werden. Auch die schwierige Lage der Zeitungen, die von verschlehten Seiten betrachtet werden müßte, dürfe die Gehilfenkraft nicht dazu bringen, ihre noch schwierigeren Lage deswegen hintanzustellen. Unter Besichtigung gegenüber dem Unterstande sei schon zu groß. Die berechtigten Geber verdienen endlich einmal beach- tigung zu werden, denn ihre Sätze würden immer mehr entwertet. Die Frage einer Rückgewählung fand ebenso sorgfame Erwählung wie die der Bindung für eine gewisse kurze Zeit; die Höhe der Bemessungen wurde als mit- bestimmend erwähnt. Rang und dreit wurde über die gegenwärtig auch in der Öffentlichkeit viel diskutierten geltenden Lohnskala gesprochen. Bestürzter und Segner traten auf, auch Redner, die für ein Mittelstadium eintraten. Das Fehlen eines einwandfreien Index habe manches Bedenken im Gefolge. Auf der diesmaligen Konferenz war die Ansicht allgemein, daß mit dem fortgeschritten Verhandlungen und mit dem großen Apparat dazu es nicht weitergeben könne, daß es vielmehr gelingen müßte, wie in anderen Gewerben schon, das Tarifamt allein nach der Veränderung des Indexes für kurze Fristen selbstän- dig und verbindlich Lohnregulierungen vornehmen zu lassen. Der Tarifausschuß könnte dann in größeren Vollkommenten, aber alles Erforderte betriebe. Wegen wenige Stimmen wurde deshalb folgendes zur Richtschnur genommen:

Die Gauvorkonferenz beschließt, die Forderung zu stellen, mit Hilfe der geltenden Lohnskala vom Monat zu Monat eine Anpassung der Löhne an die gestiegene Teuerung zu erreichen.

Iber die zu stellende Forderung fand ebenfalls eine Ab- stimmung statt. Die Mehrheit entschied sich für 300 Mk. Bei der Wahl des Referenten ergab sich leicht Überein- stimmung.

Unter dem Punkte Verschiedenes gab es noch einige belangreiche Angelegenheiten zu besprechen.

Für die Feler des 1. Mai diesmal eine einseitliche Form zu finden, erscheint wiederum in Frage gestellt. Die volle Arbeiterruhe sei bisher vorwiegend nur in größeren Städten möglich gewesen, aber auch hier gelte sich jetzt mehr Neigung zu Umkleien oder Demonstrationen am Nachmittage. Da die Lohnsätze unter den heutigen Verhältnissen zu empfindlich sei, habe man auch von Ge- werkschaftsseite zunächst den Standpunkt eingenommen, von völliger Arbeiterruhe abzusehen. Es sei u. a. erwogen worden, zu gleicher Zeit im ganzen Reich und in allen Betrieben ausnahmslos einen kurzen Arbeitsstillstand ein- treten zu lassen, was in anderen Ländern sogar schon als wirkungsvolle Form des Generalstreiks gebandhabt worden sei. Große Demonstrationen ohne Arbeiterruhe wären ebenfalls in Betracht gezogen worden. Nun gingen aber die politischen Arbeiterpartei dazu über, für völlige Arbeiterruhe einzutreten, obwohl die beim 1. Mai oder 9. November damit gemachten Erfahrungen nicht zur Wiederholung angetan seien. Derartige für ein größeres Gebiet allgemein gefasste Beschlüsse hätten im vergangenen Jahre durch Ortsausschüsse (Gewerkschaftskomitee) noch beizellen eine Veränderung erfahren, indem nur einige Nachmittagsstunden geleistet werden sollten; aber auch das sei selbst in Großstädten nicht allgemein durchgeführt worden. Die Buchdrucker wären mit den Tagesstellungen immer in einer schwierigen Lage. Wenn man sich sonst nicht darum kümmern, wer arbeite an solchen Tagen, die Buchdrucker würden bestimmt auf Korn genommen. Aber selbst Arbeiterzeitungsverlage hätten schon die völlige Arbeiterruhe wenig Neigung gezeigt. Die politischen Par- teien könnten leicht definitive Beschlüsse, die Arbeit am 1. Mai gänzlich ruhen zu lassen, herausgehen lassen. Wenn aber der ADGB, doch noch zur vollen Arbeits- ruhe aufrufen sollte, dann sei für uns Mitarbeiter eine gewisse Verpflichtung zur Befolgung gegeben. Wir hätten

allerdings Berufsgeoffen von verschiedener Weltanschauung in unsern Reihen, einen allgemeinen Zwang könne also der Verband nicht ausüben.

Der Tarifkampf in Ostpreußen nahm einen breiten Raum der Erörterung ein, zumal das gleiche Experiment anscheinend noch in anderen Gauen von deutschlandischen Sintermännern unter Anwendung raffinierter Tricks versucht werden soll. In Vorpommern z. B., wo die Deutschlandnationalen alle Druckerereien aufkaufen, deren sie habhaft werden können, frecht der gelbe Kanbarbeiterbund seine Fangarme auch nach Buchdruckergehilfen aus, und tariffeindliche Prinzipale bemühen sich, ihre Gehilfen dadurch dem Verband abtrünnig zu machen, daß sie ihnen alle nur möglichen Versprechungen machen und sie zu sogenannten Mitinhabern der Betriebe avancieren lassen. Erfolgreicherweise seien bis jetzt nur wenige Gehilfen auf diese Manöver herein. Die arbeitenden Kollegen Ostpreußens haben sich bisher schwere Opfer auferlegt, um die bereits 15 Wochen andauernde Bewegung zu finanzieren. Selbstverständlich wird auch aus Gau- und Verbandsmitteln alles getan, um den Sieg an die Fabnen der Gehilfen zu knüpfen. Gegenwärtig liegen die Gehilfen noch in sechs Orten mit sieben Firmen der hartnäckigsten Art in erbitterter Fehde. Insgesamt kommen dabei noch 50 Gehilfen und 14 Hilfsarbeiter in Betracht. Die Gauvorsitzkonferenz stimmte einmütig den Vorschlägen des Verbandsvorstandes zu, die den Tarifkämpfern in Ostpreußen weit über das bisherige Maß hinausgehende materielle Unterstützungen gewährleisten.

Ähnlich liegen die Dinge mit der Lohnbewegung untrer deutschen Kollegen in Polen, die von fanatischen Nationalisten hart bedrängt werden. In Graudenz gilt der Streik als beendet, in Thorn wurde eine 25prozentige Lohnerböhung bewilligt. Der Schwerpunkt der polnischen Bewegung liegt in Bromberg und Posen, wo 55 bzw. 50 deutsche Gehilfen im Streik stehen, die auf die ostbewährte Solidarität ihrer reichsdeutschen Kollegen rechnen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, dem bereits abgehandelten Unterstützungsbetrage sofort eine weitere, auf das Doppelte erhöhte Summe folgen zu lassen.

Den Schluß des Tagesordnungspunktes „Verschiedenes“ füllte die Erörterung einer Reihe untergeordneter organisatorischer und verwaltungstechnischer Fragen aus. Hervorhebung verdient davon noch die Antwort auf eine Anfrage, ob bezüglich der Ausschlichtung resp. Stilllegung von Druckerereien der Schutz der Demobilisationsverordnung noch zu Recht besteht. Das wurde bejaht. Im gegebenen Falle genügt eine Anzeige beim Demobilisationskommissar, der zu untersuchen hat, ob die, von dem Gehilfenstande getroffenen Maßnahmen gerechtfertigt sind oder nicht.

Damit war die umfangreiche Tagesordnung der Gauvorsitzkonferenz erschöpft. Fleißige Arbeit mußte geleistet werden, um den Beratungsstoff zu bewältigen. Mögen sämtliche Bechlässe der Organisation und damit auch der Kollegenschaft zum Segen gereichen!

Die Sonderzulage des Kreises II vor dem Tarifamt

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hatte die beiden Parteien, von denen je fünf Vertreter zur Verhandlung vor dem Tarifamt in Berlin am 10. März d. J. erschienen waren, als Berufungsinstantz eingeladen, und zwar sollte das Tarifamt entscheiden:

- über den Prinzipalsantrag: Ob und in welcher Höhe im beletzten Gebiet und Industriegebiet des Kreises II eine Sonderzulage vom 1. Februar d. J. ab gezahlt werden soll;
- über den Gehilfenantrag: Die Sonderzulage um 50 bis 100 Proz. zu erhöhen.

Die Verhandlung vor dem Tarifamt hatte sich nötig gemacht, weil das Kreisamt in seiner Sitzung vom 31. Januar d. J. ergebnislos verhandelt hatte. In dieser Verhandlung hatte die Prinzipalität sich bereit erklärt, von der bisherigen Sonderzulage ein Drittel weiter zu zahlen, und zwar für die Dauer des gegenwärtigen allgemeinen Tariflohnabkommens, während die Gehilfenchaft eine Erhöhung der Sonderzulage um 50 Proz. beantragte.

Bei Begründung des Antrags wird prinzipalsseitig festgestellt, daß das Tarifamt von der Prinzipalität nur zu dem Zweck angerufen worden sei, um mit den Gehilfen zu einer Verständigung zu kommen. Im allgemeinen sei die Rechtslage so, daß die Prinzipalität auf Grund einer früheren Vereinbarung mit den Gehilfen berechtigt war, den Abbau der Sonderzulage vorzunehmen, und zwar auf Grund eines einstimmigen Beschlusses. Dieser Beschlusse enthalte u. a. folgende Bestimmung:

Falls innerhalb der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1921 auf Grund neuer Beschlüsse des Tarifamtes eine allg. Erhöhung der Lohn- und Gehaltsätze eintrete, wird die Erhöhung auf die vorstehende Sonderzulage des Kreises II angerechnet; jedoch nur bis zu dem Betrag, um den die vorstehende Sonderzulage über die HS vom 31. März d. J. gültig gemacht wurde. Die am 15. Dezember d. J. gültige neue Lohn- und Gehaltsätze sind in der Tabelle unten aufgeführt.

Nachdem die Fortzahlung der Zulage auf weitere zwei Termine, und zwar bis zum 31. Januar, ohne irgendwelche Bindung prinzipalsseitig zugelassen worden war, sei am 31. Januar über den Abbau verhandelt worden, den die Gehilfenchaft abgelehnt habe. Der Abbau der Sonderzulage wird prinzipalsseitig ferner damit begründet, daß aus dem Ergebnisse der Statistik des Reichsamts sowohl wie der Gutwerischen Statistik der Nachweis zu erbringen sei, daß die Feuerungsverhältnisse des unbesetzten Gebietes sich in der Zwischenzeit den Lebensbedingungen des besetzten Gebietes ganz wesentlich genähert haben, so daß tatsächlich bei einer Reihe von Orten des besetzten Gebietes festzustellen wäre, daß gleichwertige Orte des unbesetzten Gebietes höhere Indizes aufweisen als solche des besetzten Gebietes. Ein triftiger Grund für Fortführung der Sonderzulage läge demnach nicht mehr vor, wenigstens nicht mehr in der vollen Höhe. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß durch die höheren Löhne des besetzten und Industriegebietes des Kreises II eine wesentliche Verleuerung der Druckkosten gegenüber dem unbesetzten Gebiet eingetreten sei, was zur Abwanderung von Druckaufträgen aus dem Kreise II bereits geführt habe, wodurch beide Parteien geschädigt sind. Deshalb ist man der Überzeugung, daß die Zulage in der bisherigen Höhe nicht fortbestehen kann und daß es möglich sein müßte, hierüber mit der Gehilfenchaft zu einer friedlichen Verständigung zu kommen.

Gehilfenseitig wird darauf erwidert, daß in bezug auf den angeblich festgestellten Ausgleich zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete die Meinungen sehr auseinandergehen, und daß der prinzipalsseitigen Auffassung entgegenzuhalten wäre, daß man z. B. im Reichstag, im Preussischen Landtag und selbst in Arbeitgeberverbänden die besonderen Nöte des besetzten Gebietes anerkannt habe. Es sei Tatsache, daß durch die Befragung die Lebenshaltung in den besetzten Gebieten erheblich beeinflusst ist und daß die fremde Befragung infolge ihres hohen Geldes in der Lage sei, alle Bedürfnisse decken zu können, während der Arbeiter nicht in der Lage sei, einen annähernd gleichen Betrag für seine Lebensbedürfnisse aufwenden zu können. Das besetzte Gebiet sei zweifelslos das Eldorado der Schleier und Schmuggler; das Ausfuhrverbot ist wieder fallen gelassen worden, so daß die Ausländer wiederum alles aufkaufen. Dazu komme, daß eine Menge ausländische Firmen im besetzten Gebiete Geschäftsniederlassungen begründen, ihr Personal aus dem Ausland dazu heranziehen, wodurch ebenfalls die Lebenslage der anständigen Bevölkerung weiter verschlechtert wird. Stundenlöhne bis zu 18 Mk. seien deshalb im II. Kreise keine Seltenheit, während die Gehilfenchaft einschließlich der Sonderzulage im höchsten Fall einen Stundenlohn von 13 Mk. aufzuweisen habe. Auch der Gehilfenrenner sucht an statistischem Material die Unterlagen für seine gegenläufige Beweisführung zu finden und behauptet, daß ein genauer jähermäßiger Nachweis darüber, wie in Wirklichkeit die Verhältnisse im besetzten und unbesetzten Gebiet liegen, sich auch durch die Statistik nicht ergäben ließe. Ferner wird aus namhaften Zeitungen des besetzten Gebietes Material dafür erbracht, um wieviel höher eine Reihe von Artikeln im besetzten Gebiete zu bezahlen sind, als dies im allgemeinen im unbesetzten Gebiete der Fall ist. Die Gehilfenvertretung erklärt deshalb, daß man auf die volle Sonderzulage nicht verzichten könne, sondern eine Erhöhung fordern müsse, und daß dies nicht nur der Standpunkt der Buchdrucker, sondern aller Lohn- und Gehaltsempfänger im II. Kreise sei.

Im Laufe der Verhandlung wurde dann von den verschiedenen Rednern beider Parteien noch eine Menge Material für die gegenseitige Auffassung der Parteien erbracht. Die gegenseitige Auffassung über Beurteilung der beiden Anträge blieb jedoch bestehen, so daß nach mehrföndiger Verhandlung das Tarifamt in eine Sonderberatung eintreten mußte.

Nach deren Beendigung stellte das Tarifamt in Anwesenheit der Parteien fest, daß es sich bei der Sonderzulage nur um ein vorübergehendes Zugeständnis handeln könne, und daß zu gegebener Zeit der Abbau der Sonderzulagen vorgenommen werden müsse. Auch sollten demnächst Verhandlungen über den möglichen Abbau zwischen beiden Parteien von neuem herbeigeföhrt werden. Bis dahin sollte es bei dem bisherigen Zustande bleiben.

Den Parteien wurde unter Anerkennung dieses Grundsatzes noch einmal eine Verständigung nahegelegt und schließlich ein dementsprechender Einigungsvorschlag unterbreitet.

Die Parteien zogen sich hierauf zur Sonderberatung zurück. Nach Beendigung gab die Gehilfenvertretung ihrem Bedauern Ausdruck, daß das Tarifamt ihrem Wunsch auf Erhöhung der Sonderzulage nicht Rechnung tragen wolle, trotzdem gehilfenseitig nachgewiesen worden sei, daß eine Erhöhung berechtigt wäre. Ferner glaube man eine Bindung über den Abbau der Sonderzulage auch für später nicht eingehen zu können. Die Dinge hätten sich inzwischen so gestaltet, daß man schließlich ein abgegebene Versprechen nicht halten könne. Ferner müsse darauf hingewiesen werden, daß die Sonderzulage infolge der Geldentwertung ganz wesentlich verringert worden sei. Tzegen erinne man an, daß die Sonderzulage kein dauernder Zustand sein könne, und daß einmal ein Abbau erfolgen muß. Des weiteren wird gehilfenseitig daran Anstoß genommen, daß man von späteren „ernstlichen“ Verhandlungen gesprochen hatte; es müsse gehilfenseitig festgestellt werden, daß die Gehilfenvertretung die Verhandlung in Sachen der Sonderzulage und auch über den Abbau mit der Prinzipalität stets ernstlich geführt habe und deshalb fernerzeit auch mit dem zweiföndigen Abbau einverstanden gewesen sei.

Prinzipalsseitig wird hierauf erwidert, daß im Worte „ernstliche“ Verhandlungen irgendein Vorwurf gegen die

Gehilfenchaft nicht enthalten sei; es sollte damit nur zum Ausdruck gebracht werden, daß beide Parteien bemüht sein sollten, diese Frage in der späteren Verhandlung mit der nötigen Bewilligkeit zu behandeln. Im übrigen erklärt die Prinzipalität, daß sie bereit sei, auf den in dem Einigungsvorschlag enthaltenen Boden der späteren Verständigung mit der Gehilfenchaft zu treten.

Nach diesen beiderseitig abgegebenen Erklärungen einigten sich die Parteien auf folgender Grundlage:

Die Sonderzulage im Kreise II ist nur ein vorübergehendes Zugeständnis und kann nicht dauernd gewährt werden. Der Abbau ist zu gegebener Zeit vorzunehmen. Das Kreisamt wird beauftragt, sobald das Ergebnis der bevorstehenden Tarifausschüßigung vorliegt, erstmalig in ernsthafte Verhandlungen über die Möglichkeit einer teilweisen Verrechnung der Sonderzulage gegen die eventuelle neue Feuerungsverzulage einzutreten.

Berlin.

Paul Schliebs.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Die Tarifkonflikte bestehen zur Zeit in Ostpreußen noch in Barthenstein, Darkehmen, Eydhuhnen, Piltkallen, Stallupönen, Wehlau; in Polen sind Kämpfe in Bromberg und Posen noch im Gange. Zugug nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Stenbitionsangeboten aus Ostpreußen und der ehemaligen Provinz Posen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Berlin. Der Seherinvalide Franz Bunzel begeht am 25. März sein 7-jähriges Berufsjubiläum. Er ist einer von den alten Kämpfern, die seit dem 1891 er Buchdruckerstreik nicht mehr festen Fuß fassen konnten und der bei der jetzt herrschenden wirtschaftlichen Not schwer zu kämpfen hat.

Braunschweig. Unsere Hauptbezirksversammlung am 12. Februar war gut besucht. Die Tagesordnung war eine reichhaltige, wicdelt sich aber glatt ab. Zunächst hatte die Versammlung einige Aufnahmen zu vollziehen und sich mit einer Geldbewilligung zu befassen. Hierauf gab der Vorsitzende die Abrechnung vom vierien Quartal 1921. Die Jahresabrechnung lag gedruckt vor. Dem Kassierer resp. Verwalter wurde der Entlassung erteilt. Mit großem Interesse wurde von der Versammlung der dann folgende Jahresbericht entgegengenommen, den der Vorsitzende Reuter in ausführlicher Weise gab. Er bot viel des Interessanten, wurde doch so manche Begebenheit, die schon der Vergessenheit anheimgefallen war, nochmals beleuchtet und überlegt. Die Wahl des Bezirksvorstandes findet per Urwahl statt. Aber das Ergebnis der letzten Tarifausschüßigung referierte zweiter Vorsitzender Römer.

Chemnitz. (Maschinenheber.) In der letzten Jahresbezirksversammlung, die nur mäßig besucht war, erlaßte der Vorsitzende den Jahresbericht, der Kassierer den Kassenbericht. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Eine Generalversammlung oder Vorstandskonferenz muß wegen Mangels an Kassamitteln in diesem Jahr ebenfalls unterbleiben. Die Neuwahl der Vorstandspersonen ergab Wiederwahl der diese Ämter bisher innegehabten Kollegen. Auch die Technische Kommission wurde mit einigen Änderungen neu gewählt. Beim Punkte „Technisches“ kam von mehreren Kollegen zum Ausdruck, man solle nicht immer das Technische in den Versammlungen vorantreiben. Das technische Wissen der Kollegen könne den Prinzipalen in erster Linie zugute, die aber im Punkte Bezahlung kein Entgegenkommen zeigten. Beweis: Ablehnung der 15 Proz. Maschinenheberschlag in der letzten Tarifausschüßigung. Die Kollegen gelobten, nicht eher zu ruhen, als bis ihnen der rechtmäßige Zuschlag wieder gewährt werde.

Dresden. Die Versammlung am 24. Februar befaßte sich mit der Beratung der Dresdner Anträge und der Wahlordnung zur Verbandsgeneralversammlung. Während zu den Sitzungen keine Anträge eingegangen waren, standen solche in bezug auf die tariflichen Bestimmungen zur Aussprache und Beschlußfassung. Einige zum Teil wesentliche Verbesserungen wurden einstimmig angenommen. Es folgte die Beratung der Wahlordnung. Hier wurde bei Punkt 7 ein Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts mit gebundenen Listen gegen fünf Stimmen abgelehnt. Wegen des Punktes 9 gerichte allenthalben Unklarheit. Die Aussprache darüber geistigte einen Antrag, der verlangt, daß es in Zeile 2 heißen solle: „Im Beisein (oder: unter Aufsicht) des Gauvorstandes.“ Der Antrag gelangte zur Annahme. Den Schluß bildeten einige Verbandsangelegenheiten.

Erfurt. Die für den 19. Februar nach Weimar eine berulene Versammlung der Gauvereinigung Thüringens der Stereotypen, Schriftgießer und Galvanoplastiker war besucht von Kollegen aus Erfurt, Gera, Naumburg, Pößneck und Vangelnsalza. Ursprünglich war diese Versammlung geplant für Erfurt mit Beschäftigung einer galvanoplastischen Anstalt, aber trotz befestigtem Rückporto steht eine Antwort der um Erlaubnis zur Beschäftigung angegangenen Firma heute noch aus. Aus dem Vorstandsbereich I ergab sich, daß die Vereinigung ausgedehntlich 37 Mitglieder zählt. Kollege Prox (Weimar) hielt dann einen reichlich einstündigen Vortrag über die Sparbewegung. Beschlöfen wurde die Erhöhung des Monatsbeitrags ab 1. April auf 2 Mk., desgleichen des Eintrittsgeldes auf 2 Mk. Zukünftig sollen die Verammlungen in der wärmeren Jahreszeit stattfinden. Ein Antrag der letzten Versammlung der Gauvereinigung Erzelebene-Verband soll bei der Generalkommission unterföhrt werden.

(Fortsetzung in der Beilage)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnnummer 50 Pfennig. Postbetrag für die Zustellung extra. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 34 — Leipzig, den 21. März 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

F. Hannover. Am 19. Februar hielt der Verein der Stereotypen-, Galvanoplastiker und Schriftgießer im Gau Hannover seine Generalversammlung ab. Diese war gut besucht; erschienen waren auch Kollegen aus Braunschweig, Hildesheim und Sameln. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, in welchem er alle besonderen Vorkommnisse des letzten Jahres eingehend behandelte. Die Hilfsarbeiterfrage nahm im Bericht einen breiten Raum ein. Es mußten verchiedene Fälle in den Versammlungen erörtert werden. Wie wurden, bis auf einen (Osabrück), zu unserer Zufriedenheit durch Mitbillie der zuständigen Verbandsfunktionäre erledigt. Der letzte Fall wurde von der Versammlung unter scharfem Protest verurteilt und beschlossen, die Sache sofort dem Gewerkschaftsvertreter zur weiteren Behandlung zu überweisen. Der Kassenbericht ergab ein sehr schlechtes Bild, weshalb zu einer Beitragsserhöhung gedrungen werden mußte. Der Beitrag beträgt von der ersten Woche im April ab wöchentlich 50 Pf. Der hohen Kosten wegen wurde beschlossen, nur einmal im Jahr eine Generalversammlung abzuhalten, ausgenommen, wenn dringende Fälle es gebieten. Nach eingehender Aussprache des letzten Sitzungs der Zentralkommission, die in der nächsten Versammlung der vorgelassenen Zeit halber fortgesetzt werden soll, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der alte Vorstand wurde bis auf einen Beisitzer wiedergewählt. Sodann wurden noch verschiedene technische Fragen behandelt.

r. Kerford. Unsere Generalversammlung am 14. Januar hatte leider wiederum, wie fast alle Versammlungen, keinen guten Besuch. Die Folge davon war, daß die Hauptfrage vorzunehmenden Neuwahlen nicht stattfinden konnten und diese einer weiteren Versammlung vorbehalten bleiben mußten. Der langjährige bewährte Vorsitzende leitete eine Wiederwahl ab; er begründete dies teils mit der Interessiertheit der Mitglieder, teils mit Überbürdung durch mehrere öffentlichen Ämter. Die am abendenden Beisitzer folgten dann auch die übrigen Vorstandsmitglieder, bis auf den Kassierer, der frei auf seinem Posten blieb. Nach Neuauflage eines Kollegen erstattete der Vorstand den Jahresbericht. — In der außerordentlichen Generalversammlung am 23. Januar wurden die rüchständigen Wahlen, wozu alle Mitglieder vorgeladen waren, vorgenommen. Zum Vorsitzenden wurde Herr B. B. gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind: Kassierer Herr A. A. und Schriftführer Herr C. C. Zur Zeit zählt unser Ortsverein 63 Mitglieder.

Gr. Kbin. (Maschinenf.) Die Bezirksversammlung am 19. Februar war sehr gut besucht. Die Berichterstattung über die Generalversammlung der Gewerkschaft in Offen gab der Vorsitzende, und die sich anschließende, zeitweilige erregte Aussprache nahm wohl den breitesten Raum der Versammlung ein. Der Punkt „Gauvorortverlegung“ war es besonders, der hier nochmals eingehend besprochen wurde. Die Versammlung war der Ansicht, daß man von Vorsitzenden des Essener Bezirksvereins der Maschinenf. — er war im vorigen Jahr einer der eifrigsten Befürworter der Verlegung des Gauvororts von Offen nach Kbin — mindestens erwartet hätte, daß er die Begründung des Antrags, die übrigens nicht haltbare Gründe vermittelte, abgelehnt hätte. (Die in Offen beschlossene Abstimmung über diesen Antrag hat inzwischen stattgefunden und hat eine große Mehrheit für Beibehaltung des Gauvororts Kbin ergeben.) Auch über aufstehende Anträge zur Generalversammlung des Verbandes besprach man sich und einigte sich dahin, an der alten Vorberung, 25 Proz. Maschinenf. zuzuschlagen, festzusetzen und eine Herabsetzung der Arbeitszeit für Maschinenf. zu beantragen. Von der Technischen Kommission wurden den Mitgliedern fünf Fragen technischer Art vorgelegt, die in einem demnächst stattfindenden Demonstrationsvortrag in der Druckerel der „Arbeitslosen Volkswacht“ ihre Beantwortung finden sollen. Das Wirken der Technischen Kommission ist um so mehr zu begrüßen, als damit der Anfang zu einem Kursus für Maschinenf. gemacht ist, der Fortbildung und Vervollkommnung aller Kollegen fördern soll. Es wurde hierbei aber der bestimmtesten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Prinzipale mehr als bisher den berechtigten Forderungen der Maschinenf. Rechnung tragen, da die technische Fortbildung der Kollegen wohl in erster Linie den Prinzipalen zugute kommt.

Leipzig. (Handf.) Am 10. Februar fand die Jahresversammlung, einberufen von der Handf. Kommission, statt. Unwesend waren etwa 350 Kollegen. Kollege Rudolf Witten gab den Bericht über die Tätigkeit der Handf. Kommission im verflochtenen Jahre, dabei die Bemerkungen für die maßhaltigen und rustischen Forderungen sowie Parallelen, besonders § 42 Ziffer 1 und 3, streifend. Bei der Neuwahl zur Kommission wurden die bisherigen Mitglieder, bis auf drei, freiwillig wiedergewählt. Sieben Kollegen wurden als Beisitzer zur bevorstehenden Gauvorstandswahl in Vorschlag gebracht. Eine längere Aussprache zifferte der Tagesordnungspunkt: „Handf. Kommission oder Sparte“. Die Abstimmung ergab, daß von der Gründung einer

Handf. Sparte Abstand zu nehmen sei. Zurückgewiesen wurde vom Vorsitzenden der Vorwurf, die Kommission verfolge „reformulogischliche Tendenzen“. War die zweijährige Tätigkeit der Handf. Kommission auf fortlichem und gewerkschaftlichem Gebiete verlost hat, wird sicher zu der Erkenntnis kommen, daß zu polittischen Auseinandersetzungen innerhalb der Kommission keine Zeit übrig war und auch nie sein wird.

Leipzig. (Schriftf.) In der Versammlung am 16. Februar begrüßte der Vorsitzende einleitend ein neuereitertes Mitglied, das zum Berufe zurückgekehrt ist. Unter „Stellenwechsel“ berichtete der Vorsitzende über den Weggang eines Kollegen nach Berlin sowie über die Bemerkungen des Vorstandes, außerhalb des Bezirks tätige Kollegen wieder in das Gewerbe zurückzuvermitteln, was aber bislang fast stets scheiterte, da diese Kollegen sich in ihren jetzigen Positionen in vieler Hinsicht besser fühlten als in ihrem gelerntem Berufe. Ferner berichtete der Vorsitzende über ein Schreiben von den Schwelmer-Prinzipalen bezüglich der Erstellung von Maßnahmen gegen die Schmutzhonkurren auf dem Gebiete der Schriftenerzeugung. Die Versammlung billigte die von dem Vorstand in dieser Angelegenheit eingelegten Maßnahmen und drückte die Hoffnung aus, daß bei dieser Gelegenheit nun endlich auch seitens der Prinzipale die Notwendigkeit der Beilegung aller Kleinmarken angriffen wird. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen mündlichen Vorstandsbericht gegeben, erfolgte bis auf den Schriftführer, der sein Amt aus gesundheitlichen Rücksichten niederlegte, die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Die Versammlung drückte dem amtierenden Vorstand für seine ausdauernde Tätigkeit im vergangenen Jahr ihre Anerkennung aus. Infolge zeitiger Umstände mußte das Lokal etwas zeitiger geräumt werden und es konnte somit in gedrängter Kürze nur noch der dringendste Teil der restlichen Tagesordnung erledigt werden. Die Versammlung beschloß die Erhöhung des Spartenbeitrags auf 1 Mk. wöchentlich, obwohl der Vorstand nur 80 Pf. beantragt hatte.

Paris. Unsere Generalversammlung am 16. Februar, in der eine umfangreiche Tagesordnung erledigt wurde, war von den Kollegen vollständig besucht. Kollege Topp erstattete Bericht vom kürzlich abgehaltenen und in allen seinen Teilen wohl gelungenen Sitzungstag und schloß mit dem: „die wichtigsten Angelegenheiten in diesem Jahresbericht“. Der Mitgliederbeitrag beträgt 15. Der Kassenbericht ergab nur einen kleinen Überschuß. Nach Entlassung des Vorstandes wurde der Gesamtvorstand, der sich u. a. aus den Kollegen Hugo Topp als Vorsitzendem und Johannes Scheel als Kassierer zusammensetzt, wiedergewählt. Auch alle übrigen Ämter blieben in den bisherigen Händen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen Kollegen für ihre Tätigkeit und treue Mitarbeit. Unter „Verbleibendem“ wurde noch über die Anschaffung von Druckmaschinen Bericht gelebt und eine angemessene Summe zur Grundsteinlegung einer Bibliothek bewilligt.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Tabakpreiserhöhung bei Jugendaussügen. Die Eisenbahndirektion Steffin hat ein Gesuch des Leiters unserer dortigen Lehrabteilung auf ermäßigten Tabakpreis bei Ausflügen abgelehnt, weil in den Sitzungen unserer Lehrabteilung im § 2 unter g zwar Wanderungen aufgeführt seien, die aber nur zur Pflege der Geselligkeit unternommen würden. Da es sich also nicht um einen Verein handle, dessen Bestrebungen auf körperliche Erhaltung der Jugend abzielen, käme er für die Gewährung der Tabakpreiserhöhung zugunsten der Jugendaussüge nicht in Frage. Wegen dieser Entscheidung wird der Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorgehen. Die Eisenbahndirektion Steffin hat überleben, daß in den Sitzungen unserer Lehrabteilung im § 1 auch die körperliche Auszubildung der Rebellie als Zweck aufgeführt ist. Aber auch ohne diese ausdrückliche Hervorhebung ist es ganz selbstverständlich, daß neben der Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Rebellie, die für das Staatsganze doch auch nicht ohne Bedeutung ist, auch die körperliche Erhaltung eine bedeutsame Rolle spielt. Man sollte sich deshalb in den Anstalten der Eisenbahndirektionen nicht mit so leinen bürokratischen Unterscheidungen abmühen und bei einem Ausfluge von Sungenbuchdrucken daselbst Entgegenkommen zeigen, das man gegenüber Ausflügen der Jugendorganisationen aller politischen Richtungen und den Jungmannschaften eines Turn-, Ruders-, Schwimms-, Ballspielvereins usw. bewilligt.

Gut. Konflikt in Dänemark. Wie wir in Nr. 10 unter Ausland beröhrten, wurden auch die dänischen Buchdrucker in den allgemeinen Konflikt in Dänemark mit hineingezogen, indem ihnen vom Unternehmerium schließlich gekündigt wurde. Jetzt hat der Verband der verschiedenen Gewerkschaften einen Beschluß gefaßt, in dem den Arbeiterorganisationen empfohlen wird, den letzten im

Konflikt zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen ergangenen Spruch des staatlichen Schiedsmannes anzunehmen, da der Achtundtag damit gelöst ist und die Lohnkürzungen nicht so groß seien wie bei den früher ergangenen Schiedsprüchen. Außerdem wird den Organisationen empfohlen, einzeln mit den Unternehmerverbänden zu verhandeln. Der Generalkonflikt wurde mit 300 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Danach kann angenommen werden, daß die seit vier Wochen währende allgemeine Ausperrung der organisierten dänischen Arbeiter nunmehr dem Ende entgegengeht.

Generalkonflikt in polnischen Städten. Wie wir in Nr. 29 unter „Rundschau“ berichteten, waren die Kollegen außer in Bromberg auch in Polen und Graudenz wegen 25 Proz. Lohnforderungen in den Ausstand gedrängt worden. Am 16. März wird über einen Generalkonflikt in den vier größten Städten Deutschlands folgendermaßen berichtet: Nachdem die Einigungsverbände zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern geschlossen sind, ist der Generalkonflikt beschlossen worden und soll heute in Thorn, Bromberg und Polen beginnen. In Graudenz hat der Streik bereits gestern eingesetzt. Die Intervention der Regierung hat lediglich den Erfolg gehabt, daß die Streikenden sich verpflichteten, den Streik nicht auf die lebenswichtigen Betriebe auszuweiten. Die polnischen Arbeiter forderben von den Unternehmern die Zurücknahme der kürzlich durchgeführten Lohnherabsetzungen und überdies eine allgemeine 25prozentige Lohnherabsetzung. Der Unternehmerverband erklärte sich zur Annahme der ersten Forderung bereit, die Durchföhrung der Lohnherabsetzung wies er zurück. Daraufhin trafen die Arbeiter in den Generalkonflikt.

Offene Stellen für beschulte Gewerkschaftler. Durch den Zentralstellenausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 24) werden gesucht: Arbeitssekretär für den Ortsausschuss Wittenberg a. d. E. für Rechtsauskunft, Organisationsarbeiten und Betriebsratorganisation. Für ähnliche gewerkschaftliche Organisation Bedingung. Bewerbungen an Karl Trautzel, Alex. Wittenberg, Wittenberg a. d. E., Markt 6. — Gau- und Bezirksleiter für einen großen Verband. Beschulte Gewerkschaftsangehörige, die eine mehrjährige Tätigkeit in verantwortlicher Stelle nachweisen können und sich verändern wollen, werden um Mitteilung unter der Abkürzung A. B. gebittet.

Spezialausstellung für Bekleidung, Presse und Druckereiwesen in Magdeburg. Aus der Mitteldeutschen Ausstellung in Magdeburg („Mima“) in diesem Sommer soll auch etwas Besonderes in buchgewerblicher Beziehung geboten werden, was für die Kollegenchaft von Magdeburg und Umgebung von Interesse sein dürfte. Die Ausstellung soll so ausgebaut werden, daß sich ein vollständiges Bild des modernen Buchdruck-, Setzungs- und Bekleidewesens ergibt.

50jähriges Jubiläum der Einheitskarte. In Nürnberg wurde am 1. März 1872 die erste Einheitspostkarte ausgegeben. Ihr Schöpfer war der Kupferstecher Franz Rohrich, ein zu seiner Zeit sehr bekannter und angesehener Künstler. Von hier aus hat die Einheitskarte ihren Siegeszug durch die Welt gemacht. Sie ist nicht nur nach zum Gegenstand eines harmlosen Sports geworden, der zumeist eine angenehme Entschleunigung am andern nicht gering anzuschlagende wirtschaftliche Bedeutung nicht zuletzt auch im Buchdruckgewerbe gewann. Durch die erheblichen Postverleuerungen usw. ist aber jetzt der Verbrauch bedeutend eingeschränkt worden, so daß diese Jubiläum immer mehr zurückgeht. Der Verbrauch würde aber wieder wesentlich gehoben und die Kartenindustrie mehr beschäftigt werden, wenn das Porto der ganzlichen Einheitskarte nicht nur bei fünf Hüllschickelwerten 50 Pf. betragen würde, sondern wenn auf dem Mitteilungsräum der Adressenstelle unbeschränkt Mitteilungen gemacht werden könnten. Die 5-Worte-Karte ist ganz wenig in Aufnahme gekommen.

Aufruf der Gewerkschaftsinternationale zum 1. Mai. Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) richtet einen Aufruf zum 1. Mai an die Arbeiter aller Länder, der gegen die internationalen Reaktion gewendet ist und für den Weltfrieden eintritt. In dem Aufrufe wird festgestellt, daß die Reaktionen ihre festerlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht haben, und der Verfall der Friedensvertrag, der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwirklichte sollte und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Willenshilfe versprach, lediglich zu einer gefeßelteren Verwirrung in Europa sowie zum Zusammenbruch der gesamten Produktion bestrug. Anlässlich dieser Tatsachen wird aufgefordert, den internationalen Geist in den Völkern immer mehr zu pflegen und zu stärken, um den Bolschewismus der Kapitalistenklasse zu brechen und ihrem nationalistischen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen. Aufrührer sollen Demonstrationenveranstaltungen abgehalten und die Solidarität der Arbeit bezeugt werden.

Günstige Übernachtung in Berlin. In dem mit dem Berliner Gewerkschaftshaus, SO 16, Engelauer 23, verbundenen Logierhause stehen Betten sowie einige Einzelzimmer zur

Verfügung. Vorherige schriftliche Anmeldungen werden angenommen und nach Möglichkeit berücksichtigt.

Deutsche und ausländische Steuerzahler. In den französischen Blättern wurde in den letzten Wochen behauptet und es kam auch in den Kammerdebatten zum Ausdruck, daß der Deutsche weniger Steuern zahle als der Engländer oder Franzose. Das ist natürlich nicht wahr; bis zu 10 Proz. haben es unsere Nachbarn bei kleinem Einkommen noch lange nicht gebracht. Ein Arbeitseinkommen, das einer inneren Kaufkraft von 30000 Mk. entspricht, ist in England und Frankreich überhaupt steuerfrei, und erst bei einem Einkommen von 50000 Mk. werden in England 4,5 und in Frankreich nur 2,75 Proz. Steuern eingezogen. Auf 100000 Mk. werden in Deutschland 15,5, in England 10,5 und in Frankreich gar nur 5,5 Proz. Steuern gezahlt. Diese wenigen Ziffern reden eine so eindringliche Sprache, daß sie eines Kommentars nicht bedürfen. Bei der Belastung des Unternehmergewinns ergibt sich das gleiche Bild. Auf 500000 Mk. werden in England 24,9 und in Frankreich 17,4 Proz. Steuern gezahlt. Der Zweck der Abzug ist natürlich leicht ersichtlich. Man arbeitet darauf hin, daß der unbilligste Friedensvertrag unter allen Umständen erfüllt wird.

Gestorben

In **Alfeld** am 22. Februar der Drucker **Karl Kofel**, 55 Jahre alt.
In **Böschum** am 26. Februar der Maschinenlehrer **Heinrich Haas**, 46 Jahre alt — Unfälle.
In **Bremsehagen** der Geschäftsführer **Wilhelm Derichs**, 56 Jahre alt; der (Invalide) **Victor Koch**, 77 Jahre alt.
In **Mühlstedt** am 28. Februar der Seher **Johann Blits** nach aus **Berga-Borbeck**, 61 Jahre alt — Folgen einer Operation.

In **Stettin** am 7. Januar der Seher **Ernst Oberländer** von dort, 27 Jahre alt; am 8. Februar der Seherinvalide **Karl Schütze** aus **Waldin**, 66 Jahre alt.
In **Zeitz** am 24. Februar der Seher **Karl Schneider** von dort, 19 Jahre alt — Grippe.
In **Kübelingen** am 20. Februar der Seherinvalide **Christian Kull**, 59 Jahre alt.
In **Worms** am 20. Februar der Seherinvalide **Helmut Oberhardt**, 61 Jahre alt.

Briefkasten

V. B. in C., S. in L., M. in D., S. O. in G., T. M. in D. Artikel werden aufgenommen; es hätte manchmal ohne Schwierigkeit kürzere Fassung erfolgen können, wir werden dafür noch sorgen, denn bei dem Arbeitsmangel kann das nur ein sich nicht immer halbes Verfehlungs befehlen. — **M. B. in M.** Da Sie unsere fortwährenden Hinweise nicht beachten, wird Artikel wegen fehlender Mitteilbarkeitsbefähigung abgelehnt. — **O. B. in L.** Für dieses Thema ist vorderhand kein Platz; also länger warten. — **A. O. in L.** 1. Aufnahme wird sich hinzögern, da zu viel schon vorliegt. 2. Paul Pfeuffer, Gera, Aufhornstraße 31. — **P. S. in B., S. in A.** Aber Ihre Artikel wird nach Behandlung der Zeitschriftsleitung die Gelegenheit entstehen. — **G. S. in M.** Zur Beantwortung der Frage ist der Vorstand kompetent. Vom Verbands wird in solchen Fällen keine Unterstützung geleistet.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamlopf 5 II.
Fernsprecher: **Wim Ausfürk**, Nr. 1191.

Mannheim. Für den Maschinenlehrer **Johann Eckerl** aus Gellheim, welcher hier konsultierte, ist bei dem Untergericht ein Brief aus **Amerha (Wittsburg)** eingelaufen. Gegen Einwendung des Poros erfolgt Zulassung durch Kollegen **Mik. Gerberich**, S. 4, 1.

Adressenveränderungen

Selbberg. Vorsitzender: **Alwin Dörer**, Schloß-Mollbrunnweg 31; Kassierer: **Wilhelm Baumann**, Bergheimer Str. 101 a.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse).
Im **Gau Hamburg-Elbena** 1. der Seher **Hermann Lindenberger**, geb. in **Mielede (M.-B.)** 1833, ausgel. in **Prithwahl 1907**; 2. der Drucker **Ernst Raal**, geb. in **Köln** 1838, ausgel. dal. 1816; waren schon Mitglieder. — **Fr. Runkler** in **Hamburg**, **Weschenbinder** dal. 57 II.
Im **Gau Leipzig** die Seher 1. **Ernst Widumill**, geb. in **Leipzig-Gohlis** 1839, ausgel. in **Leipzig** 1917; 2. **Ja. hel. Buchlein**, geb. in **Sprowow (Polen)** 1895, ausgel. dal. 1914; 3. **Otto Radach**, geb. in **Wiedemar** 1873, ausgel. dal. 1893; waren noch nicht Mitglieder; 4. der Maschinenlehrer **Ferdinand Stroupa**, geb. in **Jägerndorf (Schlesien)** 1834, ausgel. dal. 1901; 5. der Drucker **Ernst Pfeiffer**, geb. in **Leipzig-Volkmarndorf** 1902, ausgel. in **Leipzig** 1920; 6. der Schriftsetzer **Albert Jacob**, geb. in **Leipzig** 1890, ausgel. dal. 1905; waren schon Mitglieder. — **L. Hesselbarth** in **Leipzig**, **Brüderstraße** 9 I.

Verammlungskalender

Berlin. Verammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Groschenhof“ (unterer Eingang), **Hohlnstraße**.
Dresden. Verammlung Freitag, den 24. März, abends 6 1/2 Uhr, im „**Volksbau**“ (großer Saal), **Ritzenbergstraße** 2.
Chemnitz. Verammlung heute Dienstag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, bei **Steinger**.
Frankfurt a. M.-Ostend. Maschinenmesser Verammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im „**Kempferbräu**“, **Mainhal** 38.
Leipzig. Technische und Monatsverammlung der Maschinenherervereinigung Sonntag, den 26. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Hofsaal des Technikums für Buch- und Drucker, **Großschloßstraße**.
Nürnberg. Verammlung Sonnabend, den 25. März, abends 7 1/2 Uhr, im „**Gewerkschaftshaus**“ (kleiner Saal).
München. Außerordentliche Maschinenher-Generalsverammlung Sonntag, den 2. April, vormittags 9 Uhr, im Restaurant **Strigibil**, **Gehe Gärtnerplatz** und **Reichenbachstraße**.

Bandwurm (Spul- u. Madenwürmer)
Diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte; der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp, Fleischwüchsig und blutarme Frauen und Mädchen, Magens- und Nierenleiden sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Ehe Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie **Blutunters** gegen 1 Mk. in Altschlesien. **Seine Ausgeber!** 1440
Wurm-Rote, Hamburg 11 a 121.

Illustrations- u. Farbendrucker
Erstklassiger
für besten Wertpapier- und Katalogdruck in dauernde, gute Stellung nach Frankfurt a. M. gesucht.
Sowohl, welche wirklich hohe Ansprüche erfüllen können und mit Zweifelsfragen vertraut sind, wollen Angebote mit Angabe der Lohnforderung unter Nr. 809 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, einreichen

Schriftgießer
nur tüchtige Kräfte für Komplettschneidemaschinen
Typ I und II zu sofortigen Antritt gesucht
Brüder Butter, Dresden-N.

Tüchtige Schriftgießer
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
S. **Berthold, H.-G.**, Abteilung **Gottfried Wölfler**, Leipzig-Pennsdorf.

Leipzig! Erster Akzidenzseher, wirklich tüchtige Kraft in Entwerfung, gegenwärtig in leitender Stellung, such ich sofort oder später nach Leipzig oder Mitteldeutschland zu verändern. Beste Zeugnisse und Referenzen.
Off. Angebote unter Nr. 793 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Buchdruckfachmann
23 Jahre alt, ledig, höhere technische Schulbildung, Meister, auf bewandert in Kalkulation, Lithographie, Buch- und Maschinenmeister, such ich Stelle als Stube des Chefs, eventuell als Kalkulator.
Off. Off. an **M. Guckemann**, Leipzig-Volkmarndorf, Mariannenstr. 102 II.

Zwei junge
nordwegische Buchdrucker
wünschen sich an der Schmalzlinie Maschine auszubilden.
Werde Offerten unter „**Norwegen**“ an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Zwei junge
nordwegische Buchdrucker
suchen in guter Merkantildrucker, am liebsten in Leipzig, Arbeit.
Werde Offerten mit näherer Auskunft unter „**Akzidenz**“ an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Typographseher
(U.-B.) für **Ruffisch** sofort gesucht.
J. **Wiesche**, Buch- und Maschinenmeister, Brandenburg (Savel). 1803

U.-B.-Typographseher
tüchtige, erfahrene Kraft, in allen, und dauernde Stell. gesucht.
Wolff, Wilsdorf, Wandersleben, **Hamborn**, **Waldstraße** 17.

Anfolge Vergrößerung des Betriebes suchen wir für sofort einen älteren, erfahrenen
Buchdruckmaschinenmeister für Akzidenz- und Illustrationsdruck sowie einen tüchtigen, jüngeren
Druckereibuchbinder
Angebote an die „**Opplandener Zeitung**“, **Müller & Co.**, **Oppland** (Abd.).

Linotypseher
Hoff und korrekt, zum 27. März in angenehme Dauerstellung und gegen gute Bezahlung gesucht. 1799
Umlagebote an
Buchdrucker Carl Joseph Rich, **Mühlstr. 12 a.**

Ein Buchdruckmaschinenmeister
erste Kraft, mit allen Drucktechniken vertraut und bestf. Qualitätsarbeit zu leisten.
ein Akzidenzseher
hervorragend in Entwurf, Satz und Ausführung,
nach **Jugoslavien** baldigst gesucht
In Frage kommen nur tüchtige Fachleute. Dem Eintritt steht durch die Organisationsleitung nichts entgegen. Sprachkenntnisse nicht erforderlich.
Offerten unter Nr. 802 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Zurichter
erste Kraft, für sofort gesucht. 1633
Christiane **Rudolf Wagner**, Leipzig, **Wabelbergstraße** 1 a.

Messinglinienhobler und -bestoher
sofort gesucht. 1794
H. Hammer & Co., Leipzig-Pennsdorf, **Teubnerstraße** 11.

Tüchtiger Schriftseher
Intr. **Wald**, **Str.**, such ich sofort Stellg.
H. Winter, **Chemnitz**, **Wald**, **Storfer** **Weg** 12.

In allen **Saharten** bewanderte
Schriftseher
18 Jahre alt, such ich sofort Stellung.
Off. Angebote erbitte 1796
Wilhelm Müller, **Bachsen**, **Volkerohr** **Weg**.

Gut wohn!
Junger, fleißiger, korrekter
Schriftseher
19 Jahre alt, bewandert in allen Saharten, such ich Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich an der
Gekmaschine
auszubilden.
Off. Offerten unter Nr. 810 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Verbandsnadel (V. d. B. B.) in echt
Small 10 Mk. empfielt **H. Stegl**, **München** 9.

Deutsch Schriftseher **Polnisch**
gehobener Alters, ordnungsliebend, arbeitsfreudig, in allen Saharten bewandert, bestf. eine Seher selbständig zu leiten, und auch an der Maschine auszubilden, such ich sofort passende Stellung, gleichviel wohn.
Offerten mit Gehaltsangabe unter **A. B. 167** hauptpostl. **Steinweg** (D. S. S.).

Akzidenzseher
erste Kraft, tüchtig in Satz und Entwurf, selbständig arbeitend, wünscht sich in angenehme Dauerstellung zu verändern. Mitteldeutschland bevorzugt. Zeugnisse und Muster vorhanden.
Angebote unter Nr. 806 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Monotypseher
(Modell D) möchte sich in angenehme Dauerstellung verändern. Ganz gleich wohn, auch Ausland.
Offerten unter Nr. 805 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Metoula Sprachführer
Eine verkürzte Methode **Loussaint - Langenscheidt**
Das zuverlässigste Mittel zur schnellsten Aneignung der fremden Sprache. Mit unerschöpflichen Vorkarten.
In jeder Buchhandlung vorrätig. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (W. G. Langenscheidt), **Berlin-Görlitz**.
Jeder Band
10 Mk.
Hierzu der bibl. Zusatz, direkt vom Verlag 20/10

Wie soll ich Format machen und **Formen schließen**? (562) gebund. 20 Mk. postfrei. **Postfach** Nr. 158 16. **Alle** Werkzeuge für Satz und Druck in **Preuß.** Zulassung kostenl. **M. Rauch**, **Stuttgart**, **Königsplatz** 3.

Graphische Fachklassen
Entwurf und **Verfahrens**-Ausbildung. **Qualitäts** durch die **Barmen**. **Kunstgewerbeschule**

Sicherheitskassen
für **Benzin** usw. in **Messingausführung** liefert
Bejner & Meil, **Dörfel**, **Graf-Abol-Str.** 112.

Jeder Notgeldsammler
der sich ständig über die Anschaffungskosten seiner Sammlung klar sein will, sollte sich das in meinem Verlag erscheinende

Merkbuch für Notgeldsammler
10 Bogen stark, zum Preis von 24 Mk. für 26,50 Mk. portofrei bestellbar.

Verlangen Sie bitte Prospekt 1518
„**Einiges über Notgeld**“ gegen Einzahlung von 1 Mk. portofrei

Victor Engelmann, Kiel

Ligarettmaschine „Efos“
verlagert viel zum Kleben der Hülle u. Stopfen derselben mit jeder Tabaksorte nur einige Handgriffe erforderlich. Billiges Rauchen! Preis 10 Mk. (Porto extra) gegen Nachnahme. **Efos-Versand**, **Berlin SW 61**, Postfach 11.

Der neue Brockhaus
Handbuch des Wissens
Band I ist erschienen; Preis 240 Mk. Monatliche Teilzahlungen gestattet. **Verlag** **W. G. Langenscheidt**, **München** 8, **Columbusstr.** 1.

Am 13. März verstarb unser lieber Kollege, der Korrektor
Adolf Dalchow
im 68. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der **Berliner** **Korrektorenverein**.

Am 11. März verschied nach längerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Metzler
Karl Schilling
im Alter von 61 Jahren. 1801
Wir werden dem treuen, braven Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren.
Dorothea **Schilling** a. M.

Gür den „**Korrespondent**“ ist die **Geschäftsstelle** und **Inseratenannahme** Leipzig, **Salomonstraße** 8, die **Telephonnummer** 14111, das **Postfach** nach Leipzig Nr. 61323.